



Newsletter

Ausgabe 4 | August 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

hier liegt der vierte AspE-Newsletter vor Ihnen.

Kurz vor der Senats- und der Bezirkswahl am 18. September hat uns interessiert, welche Standpunkte und Ziele die einzelnen in Neukölln zur Wahl stehenden Parteien zu bestimmten Fragen vertreten.

Wir haben allen in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vertretenen Parteien Fragen zu ihren Zielen im Bereich Jugendhilfe gestellt. Von vier Parteien haben wir ausführliche Antworten erhalten. Die 5 wichtigsten Fragen und entsprechende Antworten möchte wir Ihnen hier vorstellen.

Damit Sie alle Antworten jeweils immer nebeneinander lesen und vergleichen können liegt dieser Newsletter diesmal etwas quer.

Darüber hinaus finden Sie noch einige Kurzinformationen zu neuen AspE-Projekten und zu unseren neuen AspE-Familienforen.

Wir wünschen allen Kolleginnen, Kollegen, Kooperationspartnern und Akteuren in Jugendhilfe, Bildung und Gesundheit in Neukölln einen guten Start in die zweite Jahreshälfte nach der Sommerpause.

Viel Spaß beim Lesen

Ihr AspE-Team

AspE e.V. ist

Freier Träger der Jugendhilfe und seit 1996 im Neuköllner Nord-Osten aktiv

Arbeitsschwerpunkt: Flexible Erziehungshilfen, Soziale Gruppenarbeit, sozialpädagogische Reitgruppen, Elternberatung, Schulstationen und ergänzende Projekte im Bereich Kooperation Schule-Jugendhilfe und Gesundheit

Wesentliche Leitlinie: Gleichberechtigte, niedrigschwellige und passgenaue Zugänge zu Angeboten in Jugendhilfe, Bildung, Gesundheit und kulturellem Leben ermöglichen, unabhängig von kulturellem und sprachlichen Hintergrund, von Schichtzugehörigkeit oder Bildungsherkunft.

Weitere Schwerpunkte: Präventive Angebote (Hilfen so früh wie möglich) und Kinderschutz

Im Laufe dieses Jahres hat AspE mehrere neue Projekte gestartet:

Mit Unterstützung des Quartiersmanagementbüros Richardplatz-Süd (Programm Soziale Stadt) konnte zum 01.06. in den Räumen unseres `FamilienForums Rixdorf´ in der Brusendorfer Straße mit vier neuen wöchentlichen **Familienbildungsangeboten** begonnen werden:

1. Zweisprachige Mutter-Kind-Gruppe (Spiel, Bewegung, Beratung für junge Eltern mit ihren Kleinkindern, Sprachvoraussetzung: entweder türkisch oder deutsch), immer donnerstags, 9:00-10:30 Uhr, Kursleitung: Jeanette Eberhardt und Kevers Elicecli
2. Rückbildungsgymnastik (Gymnastische Übungen für die Stärkung von Bauch- und Beckenbodenmuskulatur), Babies können mitgebracht werden.
 1. Kurs: ab 17.08.11, immer mittwochs, jeweils 12:00 - 13:30 Uhr
 2. Kurs: ab 19.10.11, immer mittwochs, jeweils 12:00 - 13:30 Uhr
 3. Kurs ab 07.12.11, immer mittwochs, jeweils 12:00 - 13:30 UhrKursleitung: Gundhild Löwe-Greif (Hebamme)
Kosten: Die Kosten erstattet die Krankenkasse
3. Spiel-, Musik- und Bewegungsgarten
Hier erhalten Eltern Ideen für sinnesanregende Spiele, Lieder und Bewegungen für ihren Säugling. Die Eltern beobachten und begleiten die jeweilige Entwicklungsphase ihres Kindes und besprechen aktuelle Themen aus ihrem Alltag mit dem Kind.
Termine ab 02.09.:
 1. Gruppe für 0-4 Monate alte Säuglinge
immer freitags, 9:30-11:00 Uhr
 2. Gruppe für 4 - 8 Monate alte Säuglinge
immer freitags, 11:15-12:45 UhrKursleitung: Ulrike Mierau (Dozentin für Spiel und Bewegung)
Kosten: 10 Termine kosten € 20,-



Gefördert durch die EU und das Land Berlin im Rahmen des Programms
„Zukunfts-initiative Stadtteil“ Teilprogramm „Soziale Stadt“ Investition in Ihre Zukunft



Interkulturelle Beratung

Seit Beginn des Jahres hat AspE einen „Beauftragten für interkulturelle Fragen“: Daniel Ibraimovic. Seine Aufgabe ist es, sowohl AspE-Mitarbeiter/innen, als auch Fachkräfte von anderen Trägern und insbesondere neu hinzugezogene Familien mit Migrationshintergrund zu beraten.

Inhalte der Beratungen sind bspw. Aufenthaltsrecht, Behördenfragen, Übersetzungen (insbesondere osteuropäische Sprachen), Erziehungsfragen und Fragen bzgl. unseres Bildungs- und Gesundheitssystems.

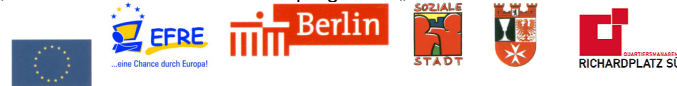
Die Beratung und der Austausch der Fachkräfte findet im Rahmen des alle 14 Tage stattfindenden „**Interkulturellen Fachaustauschs**“ statt: immer montags in den geraden Kalenderwochen, jeweils 10:00 bis 11:30 Uhr bei AspE e.V.:

22.08. / 05.09. / 19.09. / 17.10. / 31.10. /
14.11. / 28.11. / 12.12.

Die Beratung von Eltern findet im Rahmen des wöchentlichen Beratungstermins von Herrn Ibraimovic bei AspE statt:

immer mittwochs, 10:00 – 11:30 Uhr, AspE 3.

Gefördert durch die EU und das Land Berlin im Rahmen des Programms „Zukunfts-initiative Stadtteil“ Teilprogramm „Soziale Stadt“ Investition in Ihre Zukunft



Schulunterstützungsprojekt „Bildungsdreieck Richard-Kiez“

Zum 01.08. haben wir ebenfalls mit Unterstützung des Quartiersmanagement Richardplatz-Süd mit dem Schulunterstützungsprojekt „Bildungsdreieck Richard-Kiez“ begonnen, das bis Ende 2012 läuft. Hier unterstützen wir die drei Schulen des Neuköllner Richard-Kiezes Adolf-Reichwein-Förderzentrum, Löwenzahn-Grundschule und Richard-Grundschule in ihrer Öffentlichkeitsarbeit (zwei gemeinsame Öffentlichkeitsveranstaltungen und eine gemeinsame Broschüre). Außerdem bieten wir in den beiden Grundschulen Sprachförderung insbesondere für Schüler/innen aus dem (süd-)osteuropäischen Raum sowie Elternaktivierung, u.a. durch Beratung der beiden Elterncafés an der Löwenzahn-Grundschule und durch die Organisation von Eltern-Schüler/innen-AG´s und von Runden Tischen für Eltern und Lehrer/innen an der Richard-Grundschule.

Im Rahmen der Elternarbeit bietet AspE auch einen Kurs seines **Elterntrainings „ElternPower“** an den beiden Schulen an. Termine: ab 18.10.11 sieben Termine immer dienstags 10:00-13:00 Uhr



Die AspE-FamilienForen

Zu Jahresbeginn hat AspE sein erstes „AspE-FamilienForum“ in seinen Räumen in der Brusendorfer Straße 20 eröffnet:

Das **FamilienForum Rixdorf**. Hier finden verschiedene wöchentliche Beratungssprechstunden zu verschiedenen Themen durch unsere Fachkräfte statt: Soziales, Gesundheit, Behinderung, Interkulturelle Beratung, Schule und Hebammensprechstunde.

Außerdem finden die vier Gruppenangebote aus dem „Familienbildungsprojekt Richard-Quartier“ statt (siehe Artikel weiter oben) und ein wöchentliches Kreativ-Angebot für Eltern.

Unregelmäßig finden Treffen zwischen Mentoren und Mentees aus unserem Hochbegabten-Förderungsprogramm „Fibonacci“ statt oder etwa Diskussions- und Vortragsveranstaltungen bspw. zum Thema Aufenthaltsrecht, Kinderschutz, Drogenprävention udgl.

Im FamilienForum gibt es eine Kleidertauschbörse insbes. für Second-Hand-Kleidung für Babies und Kinder, die immer parallel zu den Gruppenangeboten zugänglich ist.

Seit Anfang Mai diesen Jahres hat AspE die Verantwortung für die Gestaltung der Elternangebote im Interkulturellen Elternzentrum in der Schule in der Köllnischen Heide übernommen. Diese Angebote sind Teil unseres neuen **FamilienForums High-Deck** das nun zwei Standorte hat: das Interkulturelle Elternzentrum und unseren Kindertreff Waschküche in der Heinrich-Schlusnus-Straße.

Natalia Weimann ist die Projektleitung. Sie bietet gemeinsam mit Kevser Elicekli, Eniss Bejaoi und Daniel Ibraimovic mehrmals wöchentlich Beratungstreffen für Eltern bzw. offene Angebote für Kinder und Jugendliche aus dem Kiez an.

AspE begleitet nun auch die alle 14 Tage stattfindende Gruppe „Sonnenfamilie“, eine Gruppe von Eltern von behinderten Kindern und Jugendlichen. Die von Herrn Bag, einem betroffenen Vater, organisierte Gruppe, wird fachlich beraten und unterstützt von unserem Sonderpädagogen Thomas Fertig. Unsere Angebote im Standort „Interkulturelles Elternzentrum“ werden mit Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“ (Quartiersmanagement High-Deck) gefördert.



Gefördert durch EU, das Land Berlin im Rahmen des Programms „Zukunfts-initiative Stadtteil“ Teilprogramm „Soziale Stadt“ Investition in Ihre Zukunft



Fragen an Parteien

Am 18.09.11 wird eine neue BVV in Neukölln gewählt. Uns haben die Standpunkte und Einstellungen der verschiedenen Parteien zu wichtigen Fragen der Jugendhilfe und Bildung/Schule interessiert. Lesen und vergleichen Sie selbst:
(Dies sind die Rückmeldungen der vier Parteien, die uns im Antwortzeitraum Mitte April bis Mitte Juli erreicht haben.)

Unser Fragen	Bündnis 90/Die Grünen Neukölln Kreisgeschäftsführerin Carola Scheibe-Köster	SPD Neukölln Kreisgeschäftsführerin Yvonne Opprower	CDU Neukölln Kreisgeschäftsführer Falko Liecke	Die Linke Neukölln Stellv. Sprecher Thomas Licher
<p>1. Wie sind nach der Wahl ab 2012 Ihre weiteren Gestaltungspläne im Jugendbereich, insbesondere was HzE (Hilfen zur Erziehung) und Kooperation Jugendhilfe - Schule (-> z.B. neue Schulstationen) betrifft?</p>	<p>Erforderliche und passgenaue Hilfen sind grundsätzlich zu gewähren, dies wird und wurde garantiert. Um die Mittel für die Hilfen zur Erziehung begrenzen zu können, müssen präventive Angebote dringend ausgebaut werden. Frühe Beratung und Hilfestellung für Familien mit Kleinkindern, eine gute Versorgung mit Krippen - und Kitaplätzen, ein ausreichendes Angebot von Kinder- und Jugendeinrichtungen und ein breites Beratungsangebot für Familien können helfen „Hilfen zur Erziehung“ zu vermeiden. Die Familien so zu unterstützen, dass sie keine „Hilfen zur Erziehung“ benötigen erspart den Familien und den Kindern und Jugendlichen Leid und dem Neuköllner Haushalt Geld. Prävention rechnet sich in jedem Fall, ist aber nicht zum Nulltarif zu haben, sondern erfordert zunächst zusätzliche Mittel, vor allem für Personal.</p> <p>Die Kooperation Schule-Jugendhilfe ist ein richtiger Schritt, um Prävention und Förderung aller Kinder und Jugendlichen zu befördern. Allerdings darf sie sich nicht darauf beschränken, die Lücken im Schulalltag zu stopfen, sondern muss zu einer Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen auf Augenhöhe für die Kinder und Jugendlichen führen. Schulstationen haben sich bewährt und sollten an allen Schulen eingerichtet werden. Dafür fehlt aber momentan noch die Finanzierungsgrundlage.</p>	<p>Soziale Gerechtigkeit beginnt für uns beim Schutz und der Förderung aller Kinder. Die Herstellung von Chancengerechtigkeit bedeutet kollektiven Ausgleich der Defizite des Elternhauses. Auch benachteiligte Kinder und Jugendliche müssen ihren Platz in unserer Gesellschaft einnehmen können. Hierbei messen wir der Jugendhilfe besondere Bedeutung zu.</p> <p>Bei den Schulstationen haben wir bereits eine Vorreiterrolle. Weil uns das Programm des Senats nicht ausreichte, haben wir aus eigenen Mitteln 15 Schulstationen errichtet. Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 1,1 Million Euro pro Jahr werden durch Umschichtungen und Prioritätensetzung im Bezirkshaushalt bereitgestellt. Somit haben wir zumindest im Neuköllner Norden eine flächendeckende Versorgung. Zur endgültiges Ziel sind natürlich Schulstationen an allen Grundschulen des Bezirks.</p>	<p>[Grundsätzlich] will die CDU die bisherige Linie beibehalten, wobei es jedoch kein „weiter so“ geben kann. Vielmehr ist ein (behutsamer) Systemwechsel notwendig, der den Schwerpunkt auf die Unterstützung von Familien in sehr frühen Phasen legt, d.h. Familien mit Kindern müssen schon in der Schwangerschaft Unterstützung erhalten (insbesondere auch die weiteren Kinder, die im Haushalt leben), um es gar nicht erst zu umfassenden Hilfebedarfen in der Zukunft kommen zu lassen. Dazu muss es auch eine finanzielle Umsteuerung geben. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Familien bzw. die Eltern in frühen Stadien wesentlich aufgeschlossener für Unterstützung sind, als im späteren Verlauf der familiären Entwicklung.</p> <p>Als Grundlage dient uns beispielsweise das sog. <i>Dormagener Modell</i> als Vorbild, das vom Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbundes initiiert wurde. Wichtig ist, dass die Zusammenarbeit in diesem Stadium zwischen KJGD und dem Jugendbereich besser organisiert wird. Dabei spielen neben den Sozialarbeitern Familienhebammen eine wichtige Rolle, die in dem Hilfesystem eine kontinuierliche Betreuung gewährleisten. Eine Hilfe „Hand in Hand“ zwischen den Abteilungen des Bezirks, Freien Trägern und ehrenamtlichen Leistungen soll die Begleitung von der Schwangerschaft bis hin zur Einschulung erreichen, wo es notwendig ist. Auch die Institution Schule wird im Verlauf der Betreuung der Familien eingebunden. Eine enge Verzahnung und der Informationsaustausch zwischen den Bereichen Gesundheit, Jugend und Schule sowie Trägern sind entscheidend. Die Funktionalität der Schulstationen ist dabei enger einzubinden, damit das Netzwerk funktionieren kann.</p>	<p>An der aktuellen „vorsorglichen Kündigung“ von ca. 60 freien Trägern der Jugendhilfe zum 30.09.11 zeigt sich, dass die HzE-Mittel unzureichend sind. In den vergangenen Jahren sind die Mittel im Jugendhilfebereich nicht angehoben worden und das macht sich jetzt negativ bemerkbar. Derzeit werden die freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben gegeneinander ausgespielt. In Zukunft ist es notwendig, die verschiedenen Ausgabepositionen in den einzelnen Verwaltungsbereiche unabhängig voneinander ausreichend auszufinanzieren.</p>

<p>2. <i>Wie stehen Sie zur Einführung einer Kita-Pflicht?</i></p>	<p>Da wir die Kitas nicht als reine Betreuungsorte sondern als Stätten der frühkindlichen Bildung betrachten, wäre eine „Vorziehung der Schulpflicht“ eine gute Idee, dabei ist aber zu gewährleisten, dass die Eltern eine große Auswahl an verschiedenen Einrichtungen haben. Es ist für Kinder jeder Herkunft förderlich, so früh wie möglich Kontakt zu anderen Kindern zu haben, um gemeinsam die Welt zu entdecken und sich auf ein friedliches und tolerantes Zusammenleben vorzubereiten.</p>	<p>In Neukölln leben etwa 50.000 Kinder und Jugendliche. Viele von ihnen wachsen in Familien auf, in denen sie nicht ausreichend gefördert werden. Um diesen jungen Menschen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, müssen wir sie so früh wie möglich erreichen. Denn die entscheidenden Grundlagen für die Entwicklung der sozialen und kognitiven Fähigkeiten eines Menschen werden in frühester Kindheit gelegt. Gerade bei Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern ist deswegen ein Kitabesuch extrem wichtig. Aus diesem Grund fordert die Neuköllner SPD eine Kitapflicht für alle Kinder.</p>	<p>Die KiTa-Pflicht ist keine generelle Lösung, denn der Erziehungsauftrag liegt nach dem Grundgesetz bei den Familien. Richtig ist, dass viele Familien des Bezirks aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, dieses Recht und die Verpflichtung im Sinne ihrer Kinder auszufüllen. Daher müssen zum einen weitere Anreize geschaffen werden, Kinder in die Kita zu geben. z.B. durch ausreichende Plätze, umfassende Bildungs- und Freizeitangebote, individuelle Beratungsangebote oder Bonussysteme. Andererseits muss in besonders problematischen Fällen den Familien eine Auflage (zum Schutz und zum Wohl des Kindes) für den Besuch einer Kita erteilt werden können.</p>	<p>Alle Kinder sollen ab dem dritten Lebensjahr kostenfrei, ganztätig und wohnortnah eine Kindertagesstätte besuchen können.</p>
<p>3. <i>Wo sehen Sie in den nächsten Jahren (während der nächsten Legislatur) die wichtigen Prioritäten und Gestaltungsschwerpunkte im Bereich der Jugendhilfe und im Bereich der Integration in unserem Bezirk?</i></p>	<p>Höchste Priorität hat die Umsteuerung in präventive Angebote. Umfassende und frühe Förderung von Familien und Unterstützung von erfolgreicher Bildung schafft die Grundlagen für eine gedeihliche Entwicklung des Bezirkes.</p> <p>Integration heißt für uns Teilhabe aller Neuköllner_innen. Nur durch ein Miteinander auf Augenhöhe entsteht eine neue gesellschaftliche Dynamik, die Neukölln für seine Entwicklung braucht. Bei Stellenausschreibungen sollen, wo immer das möglich ist, künftig Mehrsprachigkeit und Interkulturalität als besondere Qualifikation berücksichtigt werden, um qualifizierten Migrant_innen gleichen Zugang zum öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Wir fordern das kommunale Wahlrecht für Migrant_innen aus Nicht-EU-Ländern.</p> <p>Alle Kinder sollen das Recht auf Schulbesuch haben, egal ob die Eltern sich mit oder ohne Aufenthaltsgenehmigung in Neukölln aufhalten. Die Neuköllner BVV hat das auch Anfang des Jahres beschlossen.</p>	<p>Die Neuköllner SPD hat im Bereich der Integration viele national und international beachtete Projekte auf den Weg gebracht, worauf sie aufbauen wird. Interkulturelle Moderation, Campus Rütli, Campus Efeuweg, Mitmachzirkus, Schulstationen, Stadtteilmütter, Interkulturelles Bildungs- und Jugendzentrum, museumspädagogische Arbeit und Musikschulprojekte sind nur einige Beispiele dafür. Nicht von ungefähr ist Neukölln als einzige deutsche Stadt in das Modellprojekt „Intercultural Cities“ des Europarates und der Europäischen Kommission berufen worden. Nach dem massiven Ausbau der Sprachkurse ist unsere Volkshochschule deutschlandweit einer der größten Anbieter für Deutsch als Zweitsprache. Damit Integration funktioniert, muss Bildung alle erreichen. Deshalb werden wir die Schulpflicht weiterhin konsequent durchsetzen und dabei auch die Eltern an ihre Pflichten erinnern. Genauso sprechen wir uns in der Jugendhilfe für die Verknüpfung von präventiven mit intervenierenden Maßnahmen aus.</p>	<p>(siehe Antwort zu Frage 1) Wir wollen die Angebotsstruktur für Jugendliche im Bezirk erhalten und gleichermaßen im Bezirk stärken. Das Ausspielen von Nord gegen Süd oder eine ungleiche Verteilung von Angeboten lehnen wir ab. Im Fokus steht dabei die Zusammenarbeit der Jugendfreizeitstätten mit Jugendverbänden, Vereinen und freien Trägern sowie den Bildungseinrichtungen. Dazu gehören auch neue Kooperationsformen zwischen Schulen und Jugendarbeit bei der Nachmittagsbetreuung. Neben motorischen und kognitiven Problemen habe viele Kinder Sprachdefizite, die es durch gezielte Förderung zu verringern gilt. Beispielsweise durch Sprachtests und spezielle verpflichtende Förderklassen vor der Einschulung sollen diese Defizite behoben werden. Denn Sprache und Bildung sind die entscheidenden Schlüssel zur Integration. Parallelgesellschaften, die Verweigerung, die deutsche Sprache zu erlernen oder die Ablehnung unserer Gesellschaft mit seinem Rechts- und Ordnungssystemen werden nicht hingenommen und müssen sanktioniert werden. Im Gegensatz dazu wird die Integrationsleistung vieler Zuwanderer nicht anerkannt. Wir treten für eine Willkommenskultur ein, die die Leistung und den Beitrag zur gesellschaftlichen Beteiligung ernst nimmt. Dazu gehört auch, dass migrantische Leistungsträger und Eliten nicht auswandern.</p>	<p>Das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetzes muss in Neukölln angewendet werden. Benachteiligungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind abzubauen. Verstärkte kostenlose Sprachförderung und ergänzend muttersprachlicher Unterricht in den Schulen ist zu realisieren.</p>

<p>4. <i>Wie wollen Sie in den nächsten Jahren die Schulen in unserem Bezirk stärken z.B. bei der Förderung der Entwicklung inklusiver Schulen (z.B. Finanzierung von mehr Schulhelfer/innen für Schüler mit zusätzlichem Förderbedarf) oder bei der Eröffnung zusätzlicher Schulstationen an Sekundarschulen und an Gymnasien?</i></p>	<p>Inklusive Schulen können nur funktionieren, wenn sowohl die räumlichen wie auch die personellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Dabei reichen ein paar Schulhelfer nicht aus. Der gesamte Unterricht und die Betreuung im Freizeitbereich müssen der Inklusion dienen, dafür braucht es mehr und spezieller ausgebildete Lehrer, Schulsozialarbeiter und Erzieher. Ohne kleinere Lerngruppen mit mehr als einer pädagogischen Kraft in angemessenen Räumen wird Inklusion Kindern nicht wirklich nutzen. Die Vorstellung des Schulsenators Inklusion kostenneutral flächendeckend einführen zu können, zeigt nur die Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen besonders benachteiligter Kinder.</p>	<p>Nach den Plänen des Senats soll die flächendeckende Einführung bereits zum Schuljahr 2012/13 mit dem Zurückfahren der Kapazitäten an den Sonderpädagogischen Förderzentren beginnen. Wir halten dies für verfrüht und plädieren für eine schrittweise und langfristig e Umsetzung des Inklusionskonzeptes. Denn es geht nicht nur um die Auflösung von Förderzentren, sondern es muss auch geklärt werden, wie die Umsetzung der inklusiven Beschulung an den Regelschulen funktionieren soll. Die dafür erforderliche Zeit muss sowohl den Förderzentren, als auch den Regelschulen gewährt werden.</p> <p>Unabhängig davon halten wir eine verlässliche Ausstattung der Schulen mit Ressourcen für eine zentrale Voraussetzung des Umsteuerungsprozesses. Um die Qualität sonderpädagogischer Förderung im Kontext einer inklusiven Schule zu gewährleisten bedarf es der Einrichtung eines Beratungs- und Unterstützungszentrums pro Region, das die notwendigen Entwicklungen initiiert und unterstützt, eine qualitativ hochwertige individuelle Förderung sicherstellt und in schwierigen Situationen qualifizierte Ansprechpartner für Eltern und Schulen zur Verfügung stellt. Wir wollen für jeden Bezirk ein solches Zentrum unter Einbindung von Sozialpädagogen verschiedener Fachrichtungen und in enger Kooperation mit der Schulpsychologie. die die Basis für schulinterne Konzepte für die Arbeit mit verhaltensauffälligen Schülern sind. Die vorhandenen personellen Ressourcen reichen für diesen weitreichenden und schwierigen Umsetzungsprozess unseres Erachtens nicht aus. Daher werden wir die Forderung nach personellen Nachbesserungen erheben.</p>	<p>„Bildung finanziert sich von alleine und ist durch nichts zu ersetzen“ – dies ist der Leitsatz der CDU Neukölln. Geld, welches in die Bildung fließt, ist also nicht als Ausgabe, sondern als Investition zu verstehen.</p> <p>Grundsätzlich hat die bezirkliche Schulverwaltung keine inhaltliche Gestaltungs- und Regelungskompetenz sondern ist verantwortlich für Schulsekretärinnen, Hausmeister und Liegenschaften. Dies bemängeln wir. Wir wollen die inhaltliche Verantwortung der Schulen stärken und eigene Entscheidungsmöglichkeiten im Personal und Sachmittelbereich schaffen. Auch der Sanierungsstau an Neuköllner Schulen muss aufgelöst werden.</p> <p>Wir halten die kurzfristige Abschaffung von Sonderpädagogischen Förderzentren für fehlerhaft, insbesondere weil die Regelschulen nicht vorbereitet sind auf diese betreuungsbedürftigen Schülerinnen und Schüler (fehlende personelle, materielle und räumliche Ausstattung). Die Diagnose eines sonderpädagogischen Förderbedarfs muss individuell für jedes Kind ab Schulbeginn festgestellt werden.</p>	<p>Alle Schulen sollen baulich modernisiert und zu gut ausgestatteten, gebundenen Ganztagschulen ausgebaut werden, vorrangig im Neuköllner Norden. Schulen sollen um Mensa, Bibliotheken, Ruhe-, Sport und Technikräume erweitert werden. Die Schulstationen in Neukölln, deren Einführung maßgeblich von den LINKEN mit angeregt wurde, sollen weiter ausgebaut werden. Die Kooperationen mit der Musikschule, der Volkshochschule, freien Trägern und Vereinen im künstlerischen, musischen und sportlichen Bereich wollen wir fördern. In Neukölln sollen mehr Lehrkräfte und mehr sozialpädagogisches Personal eingestellt werden. Insbesondere sind Fachkräfte mit Migrationshintergrund zu gewinnen.</p>
---	--	---	--	--

<p>5. <i>Wie stehen Sie zu der Idee der Trägerschaftsübergabe von Bezirkseigenen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, insbesondere Kitas und Jugendzentren an Freie Träger?</i></p>	<p>Die Kitas und Jugendeinrichtungen, die bereits in freier Trägerschaft betrieben werden, zeigen dass dieses Modell erfolgreich sein kann. Allerdings brauchen auch die freien Träger die materiellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit. Ob eine spezielle Einrichtung besser in freier oder in kommunaler Trägerschaft betrieben werden kann, kann nur im Einzelfall entschieden werden.</p>	<p>Die Neuköllner SPD steht der Idee vom Grundsatz her positiv entgegen. Kinder-, Jugend- und Familienarbeit kann nur gemeinsam gelingen. Deshalb werden wir auch die Zusammenarbeit mit Kitas, Schulen, Sportvereinen, freien Jugendhilfeträgern und der Polizei weiter ausbauen.</p>	<p>Die CDU Neukölln hat das Konstrukt des Kita-Eigenbetriebs stets abgelehnt und gefordert, die staatlichen Einrichtungen an freie Träger zu vergeben. Das Scheitern des Eigenbetriebs Süd-Ost zeigt sich durch mangelnde betriebswirtschaftliche Möglichkeiten, die finanzielle Unterausstattung und die politische Steuerung. Wir treten dafür ein, diese Kitas in die freie Trägerschaft durch wettbewerbliche Verfahren zu überführen. In diesem Zusammenhang müssen Qualitätsaspekte berücksichtigt werden, beispielsweise durch Zertifizierung. Wenn Kita's als Bildungseinrichtungen funktionieren sollen, brauchen sie die notwendigen Freiheiten in der Ausgestaltung.</p>	<p>DIE LINKE Neukölln lehnt Privatisierung von staatlichen Einrichtungen, Leistungen und Aufgaben ab. Der kommunalen Kita-Eigenbetrieb Südost soll erhalten und ausgebaut werden. DIE LINKE fordert für Neukölln einen Bezirkshaushalt, der ausreichend Mittel aufweist, um unter anderem alle bestehenden Sozial-, Kinder- und Jugendeinrichtungen zu finanzieren und dieses Angebot perspektivisch auszubauen und grundsätzlich Kürzungen der sozialen Leistungen ausschließen zu können.</p> <p>Die oben beschriebenen Positionen sind überwiegend aus dem bezirklichen Wahlprogramm der LINKEN Neukölln „Ein Linkes Programm für Neukölln. Gemeinsam für ein gutes Leben in Neukölln.“ übernommen worden. Nachzulesen unter: http://www.die-linke-neukoelln.de/fileadmin/neukoelln/downloads/110319_neukoelln_programm_text.pdf</p>
--	---	--	---	--

Für die Inhalte der jeweiligen Antworten sind die Parteien verantwortlich. AspE e.V. stellt diese Antworten hier unverändert dar mit einer Ausnahme: Der erste Teil der ursprüngl. Originalversion von Frage 1 zum Thema „Kürzungen im Haushalt der HzE“ ist aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Juli 2011 inkl. der entsprechenden Antworten der vier Parteien gestrichen worden, da die neueren Entwicklungen im HzE-Haushalt sowohl Frage als auch Antworten überholt haben.